



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2024/1

Katharina Thielen: Politische Partizipation in der preußischen Rheinprovinz 1815-1845. Eine Verflechtungsgeschichte.

Köln: Böhlau, 2023, 737 S., ISBN 978-3-412-52831-7

Das Bild auf dem Umschlag der Neuerscheinung, das bekannte Werk des Düsseldorfer Malers Johann Peter Hasenclever „Arbeiter vor dem Magistrat“, löst falsche Erwartungen aus. Die Dissertation von Katharina Thielen befasst sich nicht mit der Auseinandersetzung zwischen protestierenden Arbeitern und Stadträten im Revolutionsjahr 1848. Im Zentrum dieser überaus fleißigen und eindrucksvollen Arbeit stehen vielmehr die Netzwerke und Verflechtungen der als „Notabeln“ bezeichneten sozialen Oberschicht im Vormärz in den wichtigsten fünf Städten der preußischen Rheinprovinz, Aachen, Düsseldorf, Koblenz, Köln und Trier. Diese bildete sich vor allem in der Zeit der napoleonischen Herrschaft aus alteingesessenen, meist adeligen Beamtenfamilien, sozialen Aufsteigern und wohlhabenden Wirtschaftsbürgern. Sie bestimmte im frühen 19. Jahrhundert Wirtschaft, Gesellschaft und insbesondere die Kommunalpolitik im Rheinland, die ebenfalls Gegenstand der Arbeit ist.

Die Verfasserin fragt danach, wie es Oberbürgermeistern und Stadträten, die das französische Rechts- und Verwaltungssystem gewohnt waren, gelang, sich in dem völlig anderen preußischen Staat ohne Dienstinstruktion und Verfassung zurecht zu finden, wo ihnen im Konfliktfall nur die Wahl „zwischen vernünftiger Willkür oder legalem Unsinn“ (Reinhart Koselleck, S. 478) blieb. Gefragt wird ferner nach kommunikativen Aushandlungsprozessen und politischen Partizipationsstrategien in einem Umfeld, in dem es an institutionalisierten Partizipationsmöglichkeiten fehlte. Mit Hilfe von Netzwerkanalysen der auch in Vereinen, Kammern und Logen aktiven Kommunalpolitiker werden die komplexen Strukturen zwischen Kommunen, Staat und Gesellschaft in der Rheinprovinz in einer „Verflechtungsgeschichte“ beleuchtet.

Nach einer theorieorientierten Einleitung in Themen, Forschungsstand und Perspektiven beschreibt die Verfasserin zunächst die Partizipationsbedingungen unter der napoleonischen Herrschaft und in Preußen. Im folgenden Hauptteil der Arbeit wird dann zunächst die Umbruchzeit beschrieben, in der viele ehemalige französische Munizipalräte weiter in der Kommunalpolitik nun preußisch gewordener Städte tätig waren. Die starke Stellung der „Notabeln“ gründete, so die Verfasserin, auf dem Vertrauen, das sie genossen, und darauf, dass sie in der Öffentlichkeit als Vertreter und Wahrer städtischer und regionaler Interessen angesehen wurden. Ihre Partizipationsstrategien, die sich insbesondere in Petitionen und Deputationen bereits in der Bewegung zur Durchsetzung einer Verfassung 1817/18, aber auch in den Auseinandersetzungen um die Steuergesetzgebung äußerten, stehen im Zentrum der



Arbeit. Die Verfasserin untersucht auf der Grundlage gründlicher Quellenstudien das Management bei Hungerkrisen und der Cholera-Epidemie, bei dem es zu einem Zusammenspiel zwischen Stadtverwaltung und städtischen Gesellschaften kam, denen Angehörige der Notabeln ebenfalls angehörten. Die staatliche Verwaltung spielte dagegen nur eine geringe Rolle und wurde von Seiten rheinischer Politiker als ineffizient wahrgenommen (S. 374). Die Verfasserin thematisiert andererseits die Problematik einer propagierten Rechtsgleichheit nach französischem Vorbild bei gravierender sozialer Ungleichheit in den rheinischen Städten. Die Provinziallandtage als Foren der Kommunikation und der Interessenwahrnehmung sowie die neue Gemeindeordnung für die Rheinprovinz von 1845 als mühsam ausgehandelter Kompromiss werden ausführlich behandelt. Den Abschluss bilden ein knapper Ausblick auf das Revolutionsjahr 1848 und eine bilanzierende Zusammenfassung. Es folgt ein 170 Seiten umfassender Anhang, der neben einer Zusammenstellung von Kurzbiografien der Stadträte deren lokale Netzwerke und Verflechtungen mit anderen Angehörigen der „Notabelngesellschaft“ übersichtlich darstellt.

Der Verfasserin ist ein wichtiges Werk gelungen, das belegt, dass sich in der Rheinprovinz „translokale politische Partizipationsstrategien ausbildeten“ (S. 475). Die Grundlage dafür waren informelle Kommunikationsprozesse und Netzwerke der rheinischen Notabeln, die über Generationswechsel hinweg intakt blieben. Sie traten dabei für die Schaffung von politischen Partizipationsformen ein, die „Ausweitung der Öffentlichkeit“, die „Einlösung des Verfassungsversprechens“ und intervenierten gegen „die Begrenzung der Meinungsfreiheit, gegen die Steuerpolitik und gegen die Abschaffung des französischen Rechts“ (S. 476). Der Zusammenhalt der Netzwerke wurde auch durch die konfessionelle Konfliktlage infolge der Inhaftierung des Kölner Erzbischofs 1837 nicht erschüttert. Die Verfasserin bescheinigt den Kommunalpolitikern eine effiziente und pragmatische Vorgehensweise, die korporative und private Aktivitäten miteinschloss und dadurch vorgegebene Handlungsgrenzen erweitern konnte. Der hegemoniale Anspruch der Notabeln wurde aber, wie die Verfasserin zeigt, gegen Ende des Untersuchungszeitraums in Frage gestellt. So bildete sich 1842 in Köln eine Opposition aus Handwerksmeistern und Kaufleuten, die gleiche Partizipationsmittel für sich in Anspruch nahm (S. 433).

Mit politischen Zuordnungen hält sich die Verfasserin zurück, da politische „Klassifizierungsschemata“ problematisch seien (S. 419). Die „konservative[n] Politikdiskurse“ im „liberalen Meinungsumfeld“, die sie beschreibt, sind jedoch für die Liberalismusforschung spannend und bedeuten keinen Widerspruch. Für das Jahr 1846 in Düsseldorf nennt sie eine „sogenannte liberale Partei“ und eine „streng konservative Partei“ (S. 469), und sie selbst führt die Opposition gegen die Notabeln in Köln 1842 auf „Parteien innerhalb der Oberschicht“ zurück (S. 433). Ob es allerdings den Notabeln tatsächlich mit ihrem „argumentativen Einsatz der Nation“ nicht um „die Bildung eines deutschen Nationalstaats, sondern die Anerkennung regionaler Besonderheiten bzw. französischer Errungenschaften und ihrer eigenen Partizipationsansprüche“ (S. 482) gegangen war, dürfte zweifelhaft sein. Zumindest für die Interessen der rheinischen Wirtschaftsbürger war die Schaffung eines Nationalstaats nützlich. Die Verengung des Nationalismus zu einer „politische[n] Kommunikationsstrategie“ (S. 411) wird diesem nicht gerecht. Hinzuweisen ist noch, dass die oktroyierte preußische Verfassung vom 5. Dezember 1848 trotz vieler Ähnlichkeiten nicht identisch mit der Verfassungsvorlage der preußischen Nationalversammlung war (S. 474). Trotz dieser Einwände verdient die Arbeit von Katharina Thielen große Anerkennung. Sie bietet für Forschungen zur Stadtgeschichte eine sehr gute Grundlage und mit der Analyse der Verflechtungen und Netzwerke der rheinischen Kommunalpolitik eine Fundgrube auch für die Politikgeschichte.

Ulm

Michael Wettengel



ARCHIV DES
LIBERALISMUS

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit

